



Nr. 1 / 7. Januar 2026

## **Einladung an die Medien: Brandanschlag in der Lübecker Hafenstraße – Veranstaltung zum 30. Jahrestag**

**Der Landesbeauftragte für politische Bildung lädt am Dienstag, den 13.01.2026 zu einer Gedenk- und Diskussionsveranstaltung anlässlich des 30. Jahrestags des Brandanschlags in der Lübecker Hafenstraße ins Landeshaus ein.**

Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, wird mit der Veranstaltung an dieses Ereignis erinnern und der Opfer des Brandes gedenken. Nach einem Grußwort der Ministerin für Justiz und Gesundheit, Kerstin von der Decken, diskutieren der damalige Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, Michael Bouteiller, die Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, der Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Jan Kürschner, und Jana L. Schneider, Vertreterin der Initiative „Hafenstraße '96“, über die Ereignisse vor 30 Jahren und deren Nachwirkungen bis heute.

### **Zur Gedenk- und Diskussionsveranstaltung**

**am Dienstag, 13. Januar 2026, 18.00 Uhr  
im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses  
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel**

sind Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich eingeladen.

### **Hintergrund:**

Am 18.01.1996 starben in Lübeck bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende sieben Kinder und drei Erwachsene, weitere 38 Personen wurden verletzt. Bis heute wurde nicht juristisch geklärt, wer den Brand in der Hafenstraße gelegt hat. Von Polizei und Justiz wurden damals zwei Thesen verfolgt: Einerseits wurde ein Bewohner der Hafenstraße 52 zweimal wegen des Brandes angeklagt und zweimal freigesprochen. Andererseits wurde gegen vier junge Männer aus Grevesmühlen ermittelt, die an dem Abend am Tatort waren und von denen drei

frische Brandspuren an ihren Haaren aufwiesen. Die vier waren Teil der rechtsextremen Szene. Gegen sie wurde ermittelt, aber keine Anklage erhoben.

Um Anmeldung unter 0431/988-1640 oder [freya.elvert@landtag.ltsh.de](mailto:freya.elvert@landtag.ltsh.de) wird gebeten. Für Rückfragen steht Ihnen Frau Freya Elvert, Referentin beim Landesbeauftragten für politische Bildung, unter den o.g. Kontaktdaten zur Verfügung.